

# Die Schuldenbremse engt ein



**Fiskalpolitik.** Seit 2009 setzt die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse dem deutschen Staat enge Grenzen für die Kreditaufnahme. Zugleich fehlt es der öffentlichen Hand an Geld, um in die Modernisierung der Infrastruktur und die klimaneutrale Transformation der Wirtschaft zu investieren. Das IW hat daher drei Vorschläge zur Reform der Schuldenbremse vorgelegt, die helfen sollen, den finanzpolitischen Spielraum zu vergrößern. Worauf es dabei im Einzelnen ankommt, erläutern IW-Direktor Michael Hüther und Steuerexperte Tobias Hentze im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-5](#)

## Lieferketten

Anders als beabsichtigt führt das deutsche Lieferkettengesetz offenbar in der Textilbranche dazu, dass viele Fabriken in den Lieferländern dichtmachen müssen.

—> [Seiten 8-9](#)

## Migration

China wird für ausländische Fachkräfte und Studenten immer unattraktiver. Das könnte auch für Deutschland nachteilige Folgen haben.

—> [Seite 11](#)

# Neue Regeln, neue Chancen

**Fiskalpolitik.** Schon seit Längerem sprechen sich Ökonomen für eine Reform der Schuldenbremse in Deutschland aus. Das IW hat nun drei Alternativen konzipiert, die die Kritikpunkte an der jetzigen Regelung aufgreifen. Generell bekäme die Politik mit den neuen Fiskalregeln mehr Spielraum – etwa um dringend benötigte Investitionen zu finanzieren.

0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – dies ist die knapp bemessene Obergrenze für die jährliche strukturelle Neuverschuldung, die die Schuldenbremse dem Bund zugesteht. Die Bundesländer dürfen strukturell gar keine neuen Schulden aufnehmen. Dabei sind in den kommenden zehn Jahren rund 600 Milliarden Euro an Investitionen erforderlich, um den Standort Deutschland zu modernisieren und klimaneutral umzubauen (siehe iwd

11/2024). Auch eine größere Steuerreform, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nachhaltig stärken würde, ist mit der heutigen Schuldenbremse kaum zu finanzieren.

Vor diesem Hintergrund kritisieren viele Ökonomen die derzeitigen Fiskalregeln schon länger. Dabei geht es nicht darum, die Politik von jeglicher Ausgabendisziplin zu entbinden – die Staatsfinanzen müssen in jedem Fall langfristig tragfähig bleiben. Eine reformierte Schuldenbremse sollte aber die dringend benötigten Wachstumsimpulse und den investitionsintensiven Übergang zur Klimaneutralität ermöglichen. Zudem sollte sie besser mit akuten Krisen umgehen können – zuletzt blieb der Politik in der Coronapandemie nur der Ausweg, eine Notlage zu erklären und die Schuldenbremse auszusetzen.

Das IW hat nun drei Optionen für eine solche Reform erarbeitet – mit jeweils unterschiedlichem Fokus:

- **Nettoinvestitionsregel.** Dieser Reformvorschlag zielt vor allem darauf ab, den Standort Deutschland zukunftsfit zu machen. Kernprinzip ist, dass der Staat neue Schulden ausschließlich aufnehmen darf, um Erweiterungsinvestitionen zu finanzieren – also beispielsweise, um neue Energie- und Verkehrsnetze anzulegen, Schulen zu bauen oder die IT-Infrastruktur auf den neuesten Stand zu bringen. Über die genaue Abgrenzung einer Investition mag die Politik streiten – entscheidend ist am Ende, dass es um zukunfts wirksame Ausgaben geht.

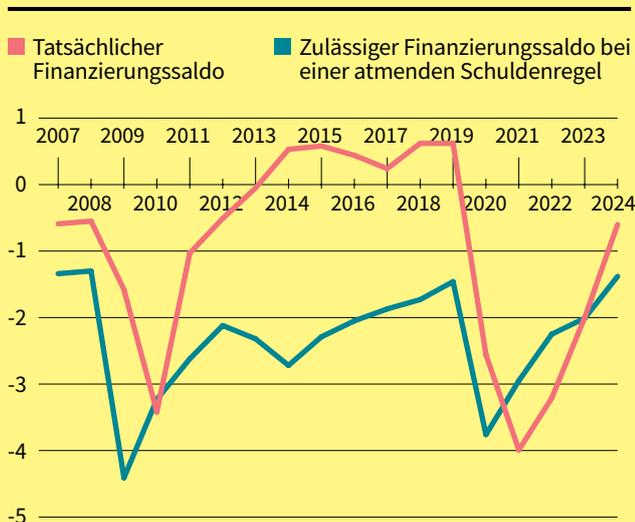
Um die Auswirkungen dieser reformierten Schuldenregel zu modellieren, wird angenommen, dass damit jährliche Nettoinvestitionen in Höhe von 1 Prozent des BIP zulässig wären. Das entspräche einem Spielraum von insgesamt etwa 40 Milliarden Euro pro Jahr – was dem tatsächlichen Investitionsbedarf zumindest nahekommt. Ein Blick zurück verdeutlicht die Tragweite dieses Reformvorschlags (Grafik Seite 3):

**Wäre es dem Bund bereits seit 2007 laut Schuldenregel gestattet gewesen, jährlich bis zu 1 Prozent des BIP netto zu investieren, hätten sich die realisierten Investitionen in etwa verzehnfachen können.**

## Schuldenbremse: Reform könnte Handlungsspielraum in Krisenzeiten erhöhen

Die derzeit geltende Schuldenbremse lässt der Politik bei einem akuten Konjunkturerinbruch, wie er z. B. infolge der Coronapandemie eintrat, kaum eine Alternative, als eine Notlage zu erklären und die Schuldenbremse auszusetzen. Eine Alternative wäre eine atmende Schuldenregel, die den Verschuldungsspielraum automatisch erhöht, wenn das Wirtschaftswachstum von seinem langfristigen Pfad nach unten abweicht (und umgekehrt). Diese Schuldenregel würde außerdem die Be- bzw. Entlastung des Haushalts durch steigende/fallende Zinsen berücksichtigen.

Angaben für den Bund in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Finanzierungssaldo: Einnahmen abzüglich der Ausgaben des Staates (hier: des Bundes); 2023 und 2024: geschätzt

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass der Schuldenstand des Bundes dadurch gestiegen wäre. Eine Ausnutzung des Investitionsspielraums allein ab 2019 hätte bis 2024 einen Anstieg der Bundesschulden auf knapp 49 Prozent des BIP bedeutet – gut 5 Prozentpunkte mehr als der tatsächliche Wert.

• **Atmende Schuldenregel.** Mit einem zweiten Reformvorschlag greift das IW die Kritik auf, dass die derzeitige Schuldenbremse zu starr und nicht krisenfest sei.

Eine atmende Schuldenregel würde die Konjunkturkomponente der derzeitigen Schuldenbremse wie folgt weiterentwickeln: Weicht das Wirtschaftswachstum vom langfristigen Pfad nach unten ab, erhöht sich automatisch der Verschuldungsspielraum (und umgekehrt). Die reformierte Regel würde dann auch aufzeigen, wie das vorübergehend erhöhte Defizit des Staates nach Überwindung der Krise wieder zurückzuführen wäre. Zudem berücksichtigt die atmende Schuldenregel die staatlichen Zinsausgaben: Sinken diese, vergrößert sich der Verschuldungsspielraum – steigt die Zinsbelastung im Haushalt, muss der Staat die Neuverschuldung stärker begrenzen.

Eine Simulation für die zurückliegenden Jahre zeigt den Effekt dieser Reformvariante (Grafik Seite 2):

**Die atmende Schuldenregel hätte der Politik in den 2010er Jahren – nach Überwindung der Finanzkrise – ein Finanzierungsdefizit von teils mehr als 2 Prozent des BIP erlaubt, sodass eine Investitionsoffensive oder Steuersenkungen finanzierbar gewesen wären.**

Zugleich gewährleistet die Regel, dass sich die Staatsschulden nach einer Krisenphase wieder stabilisieren. Hätte sie ab 2019 gegolten, wäre der Schuldenstand des Bundes während der Coronapandemie zwar etwas stärker gestiegen, als es tatsächlich der Fall war. Bis heute hätte sich die Schuldenquote aber wieder dem De-facto-Wert von etwa 42 Prozent angenähert.

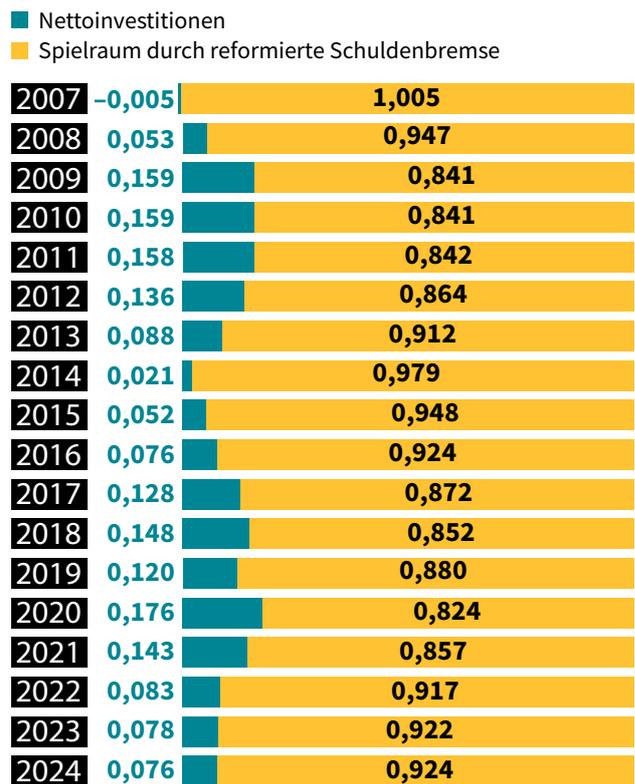
• **Ausgabenregel.** Der dritte Reformvorschlag – für den die Schweizer Schuldenbremse als Ausgangspunkt diene – sieht im Kern vor, dass die Staatsausgaben so stark wachsen dürfen wie die nominale Wirtschaftsleistung. Die Einnahmeseite würde dagegen flexibler gehandhabt.

So wäre es zum Beispiel zulässig, eine durch Steuersenkungen verursachte Einnahmenlücke erst im Laufe der folgenden zehn Jahre auszugleichen – sei es, indem ein durch die reduzierten Steuersätze angekurbeltes Wirtschaftswachstum die Steuereinnahmen wieder steigen lässt, sei es durch Haushaltskonsolidierungen. Auf jeden Fall würde die Ausgabenregel es ermöglichen, auch in schwächeren Konjunkturphasen über Steuersenkungen für Wachstumsimpulse zu sorgen.

Welches Reformmodell am Ende eine Chance hat, politisch umgesetzt zu werden, bleibt abzuwarten. Auch

## Schwache Investitionstätigkeit des Bundes

*Eine Option für die Reform der Schuldenbremse in Deutschland wäre, neue Schulden nur für die Finanzierung von Investitionen zu erlauben. Setzt man die maximal zulässige Grenze bei Nettoinvestitionen in Höhe von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) an, hätte der Bund in den vergangenen Jahren bei einer entsprechend ausgestalteten Schuldenbremse im Schnitt etwa zehnmal so viel investieren können, wie er tatsächlich getan hat. in Prozent des BIP*



Nettoinvestitionen: Bruttoinvestitionen in Ausrüstungen, Bauten und immaterielle Güter wie Software, abzüglich Abschreibungen  
 2007: Abschreibungen höher als Bruttoinvestitionen  
 2023 und 2024: Schätzungen  
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2024 IW Medien / iwd



eine Kombination der drei Vorschläge wäre denkbar. Am Ende kommt es ohnehin neben dem Reformwillen auch darauf an, ob die Politik in der Lage ist, bestehende Planungsverfahren und Verwaltungsvorschriften – zum Beispiel jene für die Genehmigung von Windenergieanlagen – zu vereinfachen, damit ein vergrößerter Spielraum für Investitionen auch tatsächlich effizient genutzt wird.

### IW-Policy Paper 4/2024

Martin Beznoska, Tobias Hentze, Michael Hüther, Björn Kauder:  
 Schuldenbremse 2.0 – Konzepte für tragfähige Fiskalregeln  
[iwkoeln.de/schuldenbremse-2-0](http://iwkoeln.de/schuldenbremse-2-0)

**Interview.** Drei Reformvorschläge zur Schuldenbremse bringt das IW in die öffentliche Debatte ein. Direktor **Michael Hüther** und **Tobias Hentze**, Leiter des Clusters Staat, Steuern und Soziale Sicherung, erklären im iwd-Interview, warum es neue Schuldenregeln braucht, welche Aufgaben jetzt zentral für Deutschland sind und welchen Einfluss die EU-Wahl auf das deutsche Vorgehen hat.



Michael Hüther (links), Tobias Hentze (rechts), Fotos: IW

## „Die öffentliche Investitionslücke ist dramatisch“

**Herr Hüther, Herr Hentze, das IW hat gleich drei Vorschläge zur Reform der Schuldenbremse vorgelegt. Hätte nicht einer gereicht?**

**Hüther:** Das könnte man denken. Aber es ist nicht so, dass es die eine eindeutige Lösung gibt. Es lässt sich für verschiedene Ansätze argumentieren, die alle positive Effekte hätten. Unbestritten bleibt: Es gibt Reformbedarf.

**Ein Leitgedanke der Reformoptionen ist es, mehr Investitionen zu ermöglichen. Wären diese nicht auch unter der jetzigen Schuldenbremse machbar?**

**Hüther:** Nur wenn man der Vorstellung anhängt, dass die staatlichen Ausgaben in kurzer Frist neugestaltet werden könnten. Frei nach dem Motto: Da muss der Staat nur mal schnell eine große Sozialreform machen. Natürlich kann man

aus vielen Gründen sagen, dass man beim Bürgergeld die Arbeitsanreize oder bei der Rente den Leistungsgedanken verstärken muss. Trotzdem sind die meisten Mittel des Bundeshaushalts langfristig verplant. Deswegen bewegen wir uns in der Diskussion an der Grenze zwischen ökonomisch sinnvollen und politisch machbaren Entscheidungen.

**Hentze:** Sicherlich kann der Bund von heute auf morgen eine Straße mehr bauen oder eine Brücke mehr sanieren. Aber wir müssen uns klarmachen, vor welchen Aufgaben wir jetzt stehen, Stichwort Klimaneutralität 2045. Das hat eine andere Dimension und ist schwierig im Rahmen der heutigen Schuldenbremse abzubilden.

**Was sagen Sie Kritikern, die finden, dass nur die strikte Schuldenbremse die Politik davon abhalten kann, die Staatsverschul-**

**dung immer weiter nach oben zu schrauben?**

**Hentze:** Wir haben im vergangenen Jahr ermittelt, was für Deutschland an Kreditaufnahmen möglich wäre, ohne dass die Schuldenstandsquote steigt. Heraus kam ein Wert von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts statt der derzeit festgeschriebenen 0,35 Prozent.

Um das klarzustellen: Wir sind für klare Fiskalregeln. Die Frage ist, wie man sie gestaltet. Warum die vor 15 Jahren festgelegte Neuverschuldungsgrenze von 0,35 Prozent für den Bund und 0 Prozent für die Länder auf alle Zeit passend sein soll, konnte mir bisher niemand erklären.

**Hüther:** Es geht nicht um die Schuldenbremse an sich, sondern um die angemessene Schuldenregel aus heutiger Sicht. Wir kennen aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre die Schwächen der Schulden-

bremse in ihrer jetzigen Form. Sie ist eine Steuersenkungsbremse, sie ist faktisch eine Investitionsbremse und sie passt so nicht mehr in die Zeit, denn jetzt müssen wir klimaneutral werden und brauchen dazu erhebliche staatliche Investitionen.

**Warum glauben Sie, dass zumindest einer Ihrer Reformvorschläge eine Chance hat, realisiert zu werden?**

**Hüther:** Der Problemdruck ist sehr hoch, die öffentliche Investitionslücke ist dramatisch. Wir haben ein großes Vermächtnisproblem – soll heißen, seit zwei Jahrzehnten ist die öffentliche Infrastruktur unterfinanziert. Das bekommen wir nicht adäquat in einem Haushalt abgebildet, der sich in der jährlichen Logik von Gestaltung und Verwendung bewegt.

Eigentlich weiß nicht nur die Regierung, sondern auch die größte Oppositionspartei, dass sie agieren muss. Sie tut das aus wahltaktischen Gründen aber nicht. Mit unseren Vorschlägen wollen wir die öffentliche Diskussion anregen.

**Ein Grund, warum die Politik Investitionen so leicht vernachlässigt, dürfte das kurzfristige Denken in Wahlperioden sein. Wie könnten Politiker dazu bewogen werden, längerfristige Ziele zu verfolgen?**

**Hüther:** Sie tun es an manchen Stellen schon. Das Klimagesetz ist zum Beispiel langfristig angelegt. Die Schuldenbremse ist, wenn man so will, von der Politik wie eine Art Selbstbindung ebenfalls langfristig definiert worden.

Aber noch mal: Wir wollen die Schuldenregeln nicht abschaffen, sondern dafür werben, die historisch, weil klimapolitisch nötige Flexibilität möglich zu machen.

**Hentze:** Um zu verhindern, dass zusätzliches Geld anderweitig ausgegeben wird, könnte man es an die Bedingung knüpfen, dass es sich

## „Schuldenbremse und EU-Fiskalregeln sollten zueinanderpassen.“

um Nettoinvestitionen handeln muss. Denn sie sind langfristig ausgerichtet.

Der Staat könnte, statt selbst zu investieren, auch Steuern senken, um es für die Privatwirtschaft attraktiver zu machen, in Deutschland zu investieren. Fest steht nämlich: Ohne die Unternehmen schaffen wir die Transformation nicht. Deswegen haben wir diesen Punkt in unserem Papier mit aufgenommen. Es wäre auch denkbar, unsere drei Ansätze zu kombinieren, um den verschiedenen Herausforderungen möglichst gerecht zu werden.

**Was muss über die Reform der Schuldenbremse hinaus politisch noch verändert werden, damit der Standort Deutschland modernisiert und mit Blick auf die Klimaneutralität umgebaut werden kann?**

**Hüther:** Wir müssen die eigenen Ziele ernst nehmen. Die neuen Spielräume durch die Reform müssen zum Investieren genutzt werden – das ist der erste große Bereich. Der zweite: Wir brauchen eine wettbewerbsfähige Steuerbelastung, das heißt eine geringere Unternehmensbesteuerung, und eine Tarifreform der Einkommensteuer muss man angehen. Das ließe sich mit den Spielräumen wieder nach- statt vorfinanzieren. Der dritte

große Aspekt ist der Abbau bürokratischer Hürden und Lasten.

**Die Klimawende und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sind nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa Herausforderungen. Wie wird sich aus Ihrer Sicht das Ergebnis der Europawahl auf die Chancen auswirken, diese Aufgaben in der EU gemeinsam zu meistern?**

**Hüther:** Es hat sich schon in den vergangenen Monaten angedeutet, dass der Green Deal nicht mehr erste Priorität genießt – auch weil vieles dort schon gesetzlich verankert wurde. Das Thema Wettbewerbsfähigkeit wird nach vorn rücken. Da muss auch die Bundesrepublik ihren Beitrag leisten. Wir müssen uns nicht zuletzt durch die Reform der Schuldenbremse Spielräume schaffen, damit wir in Europa einen ökonomischen Impuls setzen können.

**Hentze:** Vereinfacht gesagt: Schuldenbremse und EU-Fiskalregeln sollten zueinanderpassen.

**Sie klingen nicht so, als ob Sie fürchten, dass sich die EU aufgrund des Rechtsrucks bei den Wahlen nur noch in langwierigen Diskussionen ergeht.**

**Hüther:** Die Rechtsparteien, die in Brüssel Einfluss haben – etwa aus Italien und Frankreich –, haben sich spürbar in die Mitte bewegt. Das wird in der EU als Kooperationsbereitschaft wahrgenommen.

Mehr Sorgen mache ich mir um Deutschland, wenn ich die geteilte Wahlkarte sehe – Westdeutschland schwarz, Ostdeutschland blau. Das hat aber wieder mit unserem Thema zu tun. Ich glaube nicht, dass es um die Sozialpolitik geht, sondern um einen wirksamen Staat. Die Menschen wollen nicht bevormundet werden, doch sie wollen sehen, dass die Dinge funktionieren. Man muss ihnen aber auch sagen: Mit dieser Schuldenbremse wird das schwierig.

# Digitale Kluft

**Bildung.** Die Schulschließungen während Corona haben die digitalen Schwächen im deutschen Bildungssystem offenbart. Den Schulen fehlten im internationalen Vergleich die nötige digitale Infrastruktur und Kenntnisse im Distanzunterricht. Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten hatten darunter am meisten zu leiden.

Es ist noch gar nicht so lange her, da befand sich ganz Deutschland im Corona-Lockdown. Das Leben vieler Menschen spielte sich nahezu ausschließlich zu Hause ab. So auch das der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen, die im Distanzunterricht lernen mussten. Ob Deutschland gut darauf vorbereitet war, wie es die Situation gemeistert hat und welche Auswirkungen das Lernen von zu Hause auf die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen hatte, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in einem Sondergutachten des Bildungsmonitors für die Initiati-

ve Neue Soziale Marktwirtschaft untersucht.

Die Forscher sind in ihrer Analyse chronologisch vorgegangen und haben sich zunächst die deutsche Ausgangslage angesehen. Die Daten der International Computer and Information Literacy Study aus dem Jahr 2018 zur digitalen Ausstattung der Schulen stellen Deutschland ein schlechtes Zeugnis aus:

**Nur 16,5 Prozent der befragten Schüler in Deutschland besuchten im Jahr 2018 Schulen, die ein ausreichendes digitales Angebot bereitstellen.**

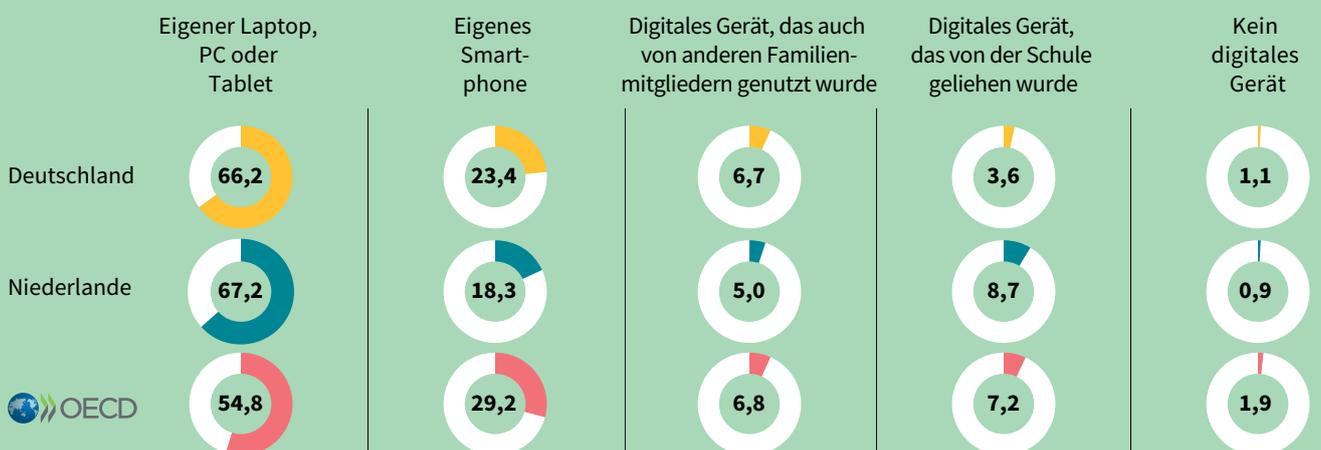
Damit war die Bundesrepublik das Schlusslicht der 13 untersuchten Länder. Der internationale Durchschnitt lag bei gut 63 Prozent.

Die aktuelle PISA-Studie aus dem Jahr 2022 bestätigt die Defizite: Die deutschen Schulen lagen bei der digitalen Ausstattung unter dem OECD-Mittelwert.

Deutlich besser schnitten unter anderem die Niederlande ab. An den dortigen Schulen hatten mehr Kinder und Jugendliche verglichen mit Deutschland oder dem OECD-Schnitt Zugang zum Internet sowie zu digitalen Geräten und digitalen Lernplatt-

## Distanzunterricht: Zwei Drittel lernten am Computer

So viel Prozent der Schüler hatten während den coronabedingten Schulschließungen in den Jahren 2020 und 2021 diese digitalen Geräte zur Verfügung



Quellen: Lewalter et al. (2023), OECD, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

formen. Und auch die Lehrkräfte waren besser mit Endgeräten ausgestattet.

Im privaten Umfeld sah es für deutsche Kinder und Jugendliche etwas besser aus (Grafik Seite 6):

**Am Distanzunterricht haben fast zwei Drittel der deutschen Schüler mit einem eigenen PC, Laptop oder Tablet teilgenommen.**

Knapp ein Viertel musste auf das eigene Smartphone zurückgreifen.

Wie gut die Kinder und Jugendlichen ausgestattet waren, hing vor allem von ihrer sozialen Herkunft ab:

**Vier von fünf Schülern aus sozial bessergestellten Familien konnten mit einem eigenen digitalen Gerät am Distanzunterricht teilnehmen. Das galt nur für die Hälfte der Schüler aus sozial schwächeren Familien.**

Letztere mussten häufiger auf ihr Smartphone (34 Prozent) oder das Gerät eines Familienmitglieds (8 Prozent) zurückgreifen. Sie waren es auch, die häufiger selbstständig mit gedrucktem Material lernen mussten und weniger an digitalen Lernformaten teilnehmen konnten.

Bildungsferne Haushalte in Deutschland konnten ihre schulpflichtigen Kinder auch weniger gut unterstützen als die oberen Schichten (Grafik):

**Sozial schlechtergestellte Kinder und Jugendliche halfen zum Beispiel im Haushalt oder betreuten ihre Geschwister, statt dem Unterricht zu folgen oder selbstständig zu lernen. Sie hatten außerdem seltener jemanden, der ihnen bei den Hausaufgaben half.**

Auch nach Ende der Schulschließungen gab es zwischen den Gruppen deutliche Unterschiede. Eine Untersuchung des ifo Instituts zeigt, dass Schüler aus Akademikerhaushalten ihre Lernrückstände häufiger nachholten als Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten.

**Schwierigkeiten beim Distanzlernen**

*So häufig hatten Schüler dieser sozialen Herkunft in Deutschland im Mittel während des Distanzunterrichts in der Coronapandemie Probleme ... (1 = nie, 2 = ein paarmal, 3 = ein- bis zweimal pro Woche, 4 = jeden oder fast jeden Tag)*

	Unterstes Viertel	Zweites Viertel	Drittes Viertel	Oberstes Viertel
... mit dem Zugang zu einem digitalen Gerät	1,76	1,71	1,61	1,56
... mit dem Zugang zum Internet	1,91	1,94	1,97	1,87
... mit dem Zugang zu Schulmaterial	1,59	1,58	1,54	1,43
... einen ruhigen Platz zum Lernen zu finden	1,65	1,50	1,51	1,35
... Zeit zum Lernen zu finden, da Hilfe im Haushalt oder bei der Betreuung von Geschwistern erforderlich war	1,77	1,63	1,60	1,53
... sich selbst zu motivieren	2,63	2,76	2,78	2,69
... die schulischen Aufgaben zu verstehen	2,33	2,32	2,20	2,12
... jemanden zu finden, der bei den schulischen Aufgaben helfen konnte	2,00	1,94	1,85	1,68

Unterstes/oberstes Viertel: jene 25 Prozent der Schüler, die aus sozial am schlechtesten/besten gestellten Familien stammen

Quellen: Lewalter et al. (2023), OECD, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



Das hat Folgen: Wie in vielen anderen Ländern haben die Kompetenzen der 15-jährigen Schüler in Deutschland im Vergleich zu vorherigen PISA-Studien abgenommen.

In allen drei getesteten Kompetenzbereichen – Mathematik, Naturwissenschaften und Deutsch – ist der Anteil der leistungsstarken Schüler gesunken. In Mathe hat sich der Anteil leistungsstarker Schüler zwischen den Jahren 2012 und 2022 von knapp 18 Prozent auf weniger als 9 Prozent reduziert. Im selben Zeitraum ist der Anteil der leistungsschwachen Schüler von etwa 18 Prozent auf fast 30 Prozent gestiegen. Vor allem die Leistungen von schon zuvor schwachen Schülern, von Schülern aus schwierigen sozialen Verhältnissen und von jenen mit Migrationshintergrund ließen nach.

Was es daher braucht, sind gezielte Förderprogramme für die besonders von den Schulschließungen benachteiligten Kinder und Jugendlichen. Und noch ein zweiter Punkt ist wichtig: Obwohl sich die Digitalisierung an den deutschen Schulen im Laufe der Pandemie verbessert hat, ist es zwingend notwendig, die Schulen digital besser auszustatten und digitale Medien stärker in den Schulunterricht einzubinden. Nur so lassen sich die Kinder und Jugendlichen bei erneuten Schulschließungen besser unterstützen und fördern.

**Gutachten**

Christina Anger: Auswirkungen der Coronapandemie auf die Schulbildung, Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft [lwkoeln.de/in-sm-bildungsmonitor](http://lwkoeln.de/in-sm-bildungsmonitor)

# Gut gemeint ist nicht gut gemacht

**Lieferketten.** Sowohl das deutsche als auch das europäische Lieferkettengesetz wollen die Menschenrechte in Entwicklungs- und Schwellenländern stärken. Doch ein Blick auf die Bekleidungsbranche zeigt: In den Textilfabriken vieler klassischer Lieferländer verlieren die Menschen ihren Job, statt bessere Arbeitsbedingungen zu erhalten.

Fast jedes Produkt, das Verbraucher in Deutschland kaufen, enthält ausländische Wertschöpfung: Die Kakaobohnen für die Schokolade kommen von der Elfenbeinküste, das Elektroauto eines deutschen Herstellers fährt mithilfe von chinesischen

Batteriezellen und selbst beim Brötcheneinkauf um die Ecke stammt zumindest die Arbeitskleidung des Bäckers aus Bangladesch, der Türkei oder Indien.

Weil die Gefahr besteht, dass manche Produkte aus Schwellen- und Entwicklungsländern mithilfe von Kinder- und Zwangsarbeit oder unter anderen menschenrechtsverletzenden Bedingungen hergestellt werden und oftmals zusätzlich die Umwelt Schäden davonträgt, hat Deutschland das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz erlassen. Es ist seit Anfang vergangenen Jahres in Kraft. In Brüssel haben Ende Mai zudem die 27 Mitgliedsstaaten das EU-Lieferkettengesetz beschlossen, das ab 2027 gelten soll.

**Auch wenn sich die beiden Gesetze im Detail voneinander unterscheiden, so haben sie doch eines gemeinsam: Sie wollen die Einhaltung der Menschenrechte entlang der globalen Lieferketten stärken.**

Ob dies funktioniert, lässt sich anderthalb Jahre nach Inkrafttreten des deutschen Lieferkettengesetzes noch nicht abschließend feststellen. Was man jedoch analysieren kann, sind Veränderungen in den Handelsströmen. Da ein Großteil der in

Deutschland verkauften Kleidung aus Schwellen- und Entwicklungsländern stammt, hat das Institut der deutschen Wirtschaft deren Importquoten für 2022 und 2023 untersucht. Und tatsächlich hat sich einiges verschoben:

**Insgesamt gingen die deutschen Bekleidungsimporte 2023 um rund 15 Prozent zurück.**

Am höchsten fiel das Minus mit knapp 33 Prozent für indonesische Textilien aus, die Einfuhren aus Myanmar, China, Bangladesch und Pakistan verringerten sich jeweils um mehr als 20 Prozent (Grafik).

Diese starken Rückgänge lassen sich nicht darauf zurückführen, dass die Deutschen plötzlich deutlich weniger Jeans, T-Shirts und Strickjacken kaufen: Denn im Jahr 2023 gingen die Konsumausgaben für Bekleidung in Deutschland nur um 0,9 Prozent zurück. Auch die Einfuhrpreise stiegen mit 1,9 Prozent moderat. Die naheliegende Erklärung lautet deshalb: Das deutsche Lieferkettengesetz hat die Bekleidungsimporte aus Entwicklungsländern deutlich sinken lassen – nämlich um mehr als ein Fünftel.

Für die betroffenen Länder sind das schlechte Nachrichten. Denn zuletzt haben dort viele Textilfabriken

## Lieferkettengesetz: Weniger Klamotten aus dem Ausland

Um so viel Prozent veränderten sich die deutschen Bekleidungsimporte im Jahr 2023 – seither gilt das deutsche Lieferkettengesetz – gegenüber dem Vorjahr

■ Anteil an den deutschen Bekleidungsimporten im Jahr 2022 in Prozent

Indonesien	-32,5	1,8
Myanmar	-25,3	2,9
China	-21,9	23,5
Bangladesch	-21,2	20,6
Pakistan	-20,7	3,6
Indien	-16,6	3,9
Sri Lanka	-13,2	1,1
Kambodscha	-12,7	3,4
Rumänien	-2,3	1,0
Bulgarien	-0,4	1,0
Tunesien	6,3	1,4
Marokko	7,3	1,2
Nordmazedonien	16,1	0,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

dichtgemacht, wie das Business & Human Rights Resource Centre bereits im Laufe des Jahres 2023 berichtete: Allein in Bangladesch schlossen demnach 320 Textilbetriebe, die zusammen knapp 45.000 Menschen beschäftigten. In Pakistan machten mehr als 1.000 Bekleidungsfirmen innerhalb von 16 Monaten dicht. Und in Kambodscha, wo die Herstellung von Bekleidung, Schuhen und Reiseartikeln die mit Abstand wichtigste Industriebranche ist, verloren Arbeiter in 22 Fabriken ihren Job, weil weniger dieser Produkte exportiert wurden.

Doch die deutschen Bekleidungsimporte gingen nicht durchweg zurück. Manche Staaten verkauften 2023 deutlich mehr Textilien nach Deutschland als ein Jahr zuvor. Die Einfuhren aus Nordmazedonien, wo die Arbeitskosten deutlich günstiger sind als im Durchschnitt der EU-Mitgliedsstaaten, stiegen innerhalb eines Jahres um rund 16 Prozent. Auch aus Tunesien und Marokko kamen 2023 mehr Kleidungsstücke nach Deutschland als 2022, was neben den vergleichsweise niedrigen Arbeitskosten der beiden nordafrikanischen Länder damit zu tun hat, dass diese beiden Staaten nahe an der EU-Außengrenze liegen und freien Handel mit der EU betreiben dürfen.

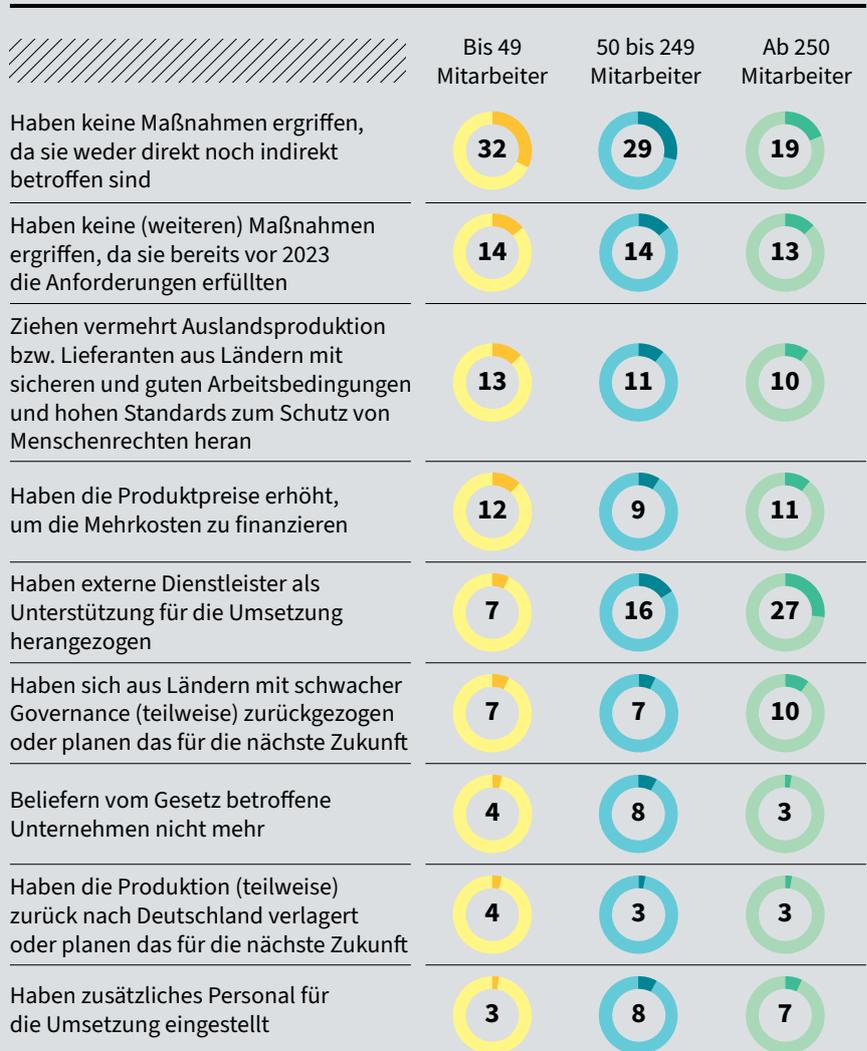
Fragt man die Unternehmen in Deutschland, wie sie auf die Einführung des deutschen Lieferkettengesetzes reagiert haben, bestätigt sich die Tendenz zur Verlagerung der Einkaufsquellen (Grafik):

**Über alle Branchen hinweg sagen rund 13 Prozent der Betriebe in Deutschland, sie hätten als Reaktion auf das Lieferkettengesetz vermehrt bei Lieferanten aus Ländern mit sicheren und guten Arbeitsbedingungen geordert.**

In etwa genauso viele haben allerdings auch ihre Produktpreise

### Lieferkettengesetz: Das tun die Unternehmen

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland haben diese Maßnahmen eingeführt, um die Anforderungen des 2023 in Kraft getretenen deutschen Lieferkettengesetzes zu erfüllen



Befragung von 725 Unternehmen im Rahmen des IW-Zukunftspanels zwischen dem 15. November 2023 und dem 19. Januar 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



erhöht, um die Mehrkosten durch das Gesetz abzudecken. Und 10 Prozent der Großbetriebe sowie 7 Prozent der kleinen und mittleren Betriebe haben sich aus Ländern mit schwacher Governance bereits zurückgezogen oder planen dies.

Das deutsche Lieferkettengesetz tangiert zudem deutlich mehr Unternehmen, als es eigentlich betreffen sollte: Das Gesetz gilt nur für Betriebe mit mehr als 1.000 Mitarbeitern – in der Umfrage gibt jedoch rund die

Hälfte der befragten Unternehmen an, sich direkt oder indirekt betroffen zu fühlen und in der Folge mit höheren Kosten zurecht kommen sowie die Lieferantenbeziehungen neu justieren zu müssen.

**IW-Report 8/2024**

Galina Kolev-Schäfer, Adriana Neligan: Due Diligence – Effect of Supply Chain regulation, Data-based results on the effects of the German Supply Chain Act [iwkoeln.de/lieferkettengesetz](http://iwkoeln.de/lieferkettengesetz)

# Risse im Fundament

**China.** Fallende Preise, hohe Schulden, Insolvenzen – der chinesische Immobiliensektor hat sich in den vergangenen Jahren vom wirtschaftlichen Primus des Landes zum Sorgenkind entwickelt.

Der Immobiliensektor war lange Zeit einer der wichtigsten Wachstumstreiber der chinesischen Wirtschaft. Der Boom auf dem Immobilienmarkt schlug sich auch in den Preisen nieder (Grafik):

**Zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem dritten Quartal 2021 stieg der Immobilienpreisindex Chinas um rund 21 Punkte.**

Entsprechend beliebt waren Immobilien in dieser Zeit als Investitionsanlage. Die Umsätze der Lokalregierungen aus Landverkäufen an Immobilienfirmen verdreifachten sich zwischen 2010 und 2021 auf knapp 8,5 Billionen Yuan – umgerechnet rund 1,1 Billionen Euro.

Der Haken: Ein Großteil des Immobilienbooms war schuldenfinanziert. Die Hypotheken privater

Haushalte verzehnfachten sich von 2008 bis 2021 auf mehr als 50 Billionen Yuan. Und auch die Immobilienfirmen nahmen Schulden auf, um die rasant wachsende Nachfrage mit neuen Bauprojekten zu bedienen. Bereits im August 2020 beschloss die chinesische Regierung deshalb, den Immobilienmarkt umfangreich zu regulieren.

Durch die Regulierung geriet allerdings das Unternehmen Evergrande in finanzielle Schwierigkeiten. Der bis dato größte Immobilienentwickler ging 2021 insolvent und wurde Anfang 2024 abgewickelt. Die Insolvenz des Unternehmens war das erste Symptom einer immer noch schwelenden Immobilienkrise in China, in deren Folge auch die Preise einbrachen.

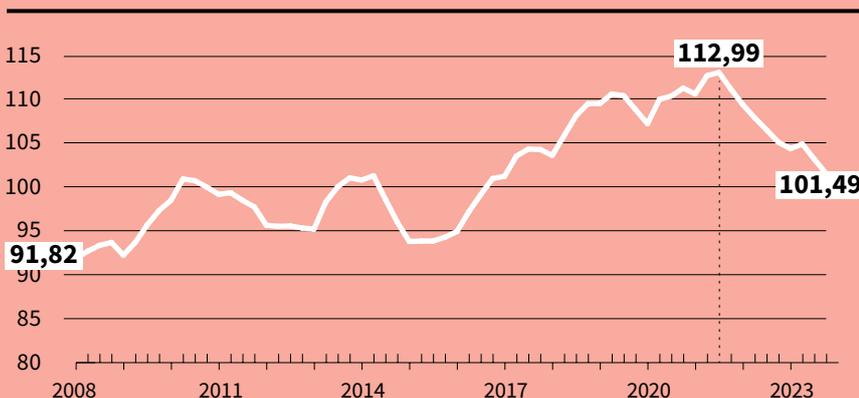
Damit nicht noch mehr Firmen bankrottgehen, will die chinesische Regierung nun den wankenden Immobiliensektor unterstützen und die zuletzt schwache Nachfrage ankurbeln. Für private Erstkäufer soll der Eigenkapitalanteil bei Immobilienkrediten von 20 auf 15 Prozent des Kaufpreises sinken und die Untergrenzen für Hypothekenzinsen sollen aufgehoben werden, sodass Banken ihren Kunden Kredite unter dem chinesischen Leitzins gewähren können.

Die zentrale Maßnahme des Pakets ist ein 300 Milliarden Yuan – rund 38 Milliarden Euro – schweres Ankaufprogramm, das Lokalregierungen zum Erwerb von fertiggestellten, bisher nicht verkauften Immobilien zu „vernünftigen“ Preisen ermutigen soll, um diese in Sozialwohnungen umzuwandeln.

Die schwammige Preisvorgabe birgt allerdings ein Problem: Sollten die Preise unter den bilanzierten Werten liegen, würden die Immobilienunternehmen Geld verlieren. Lügen sie darüber, würden die Lokalregierungen zu teuer einkaufen und die Firmen subventionieren. Beide Parteien sind aber stark verschuldet und können sich kaum noch weiter finanziell belasten.

## Immobilienpreise in China: Erst aufwärts, dann abwärts

Immobilienpreisindex für China, 2010 = 100



Preisbereinigt

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

### IW-Kurzbericht

Gero Kunath: Chinas Immobilienkrise – Regierung sieht Risse im Fundament  
[iwkoeln.de/immomarkt-china](http://iwkoeln.de/immomarkt-china)

# Rückkehr statt Auswandern

**Migration.** China wird für ausländische Fachkräfte und Studenten immer unattraktiver. Unter dieser Entwicklung könnte auch die deutsche Wirtschaft langfristig leiden.

China zählt nicht gerade zu den klassischen Einwanderungsländern – im Jahr 2020 waren nur 0,1 Prozent der Bevölkerung Einwanderer. Dennoch war die Volksrepublik aufgrund ihres großen Absatzmarktes und der Präsenz ausländischer Unternehmen lange Zeit attraktiv für ausländische Fachkräfte, sogenannte Expats. Einen China-Aufenthalt zu absolvieren, galt als Karriereschritt.

Folglich zog es ab der Jahrtausendwende immer mehr Deutsche in das asiatische Land: Zwischen 2000 und 2012 vervierfachte sich die Zahl der Auswanderer nahezu. Doch seit einigen Jahren verliert China an Attraktivität (Grafik):

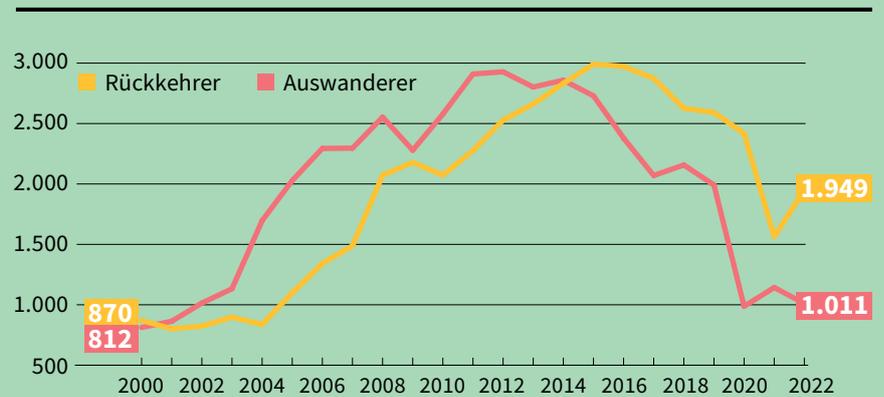
**Nur rund 1.000 Bundesbürger wanderten von 2020 bis 2022 pro Jahr nach China aus – so wenige wie seit 20 Jahren nicht mehr.**

Doch es zieht nicht nur weniger Menschen aus Deutschland nach Fernost, es kommen auch mehr zurück: Die Zahl deutscher Rückkehrer aus China ist im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um rund 25 Prozent gestiegen. Inzwischen kehren fast doppelt so viele Deutsche aus China zurück wie dorthin auswandern.

Für diese Entwicklung gibt es mehrere Gründe: Seit seiner Ernennung zum Staatspräsidenten im Jahr 2013 hat Xi Jinping seine Macht sukzessive ausgebaut – die Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft sind erheblich. So schränkt die

## Weniger Auswanderer nach China

So viele Bundesbürger kehrten im jeweiligen Jahr von China nach Deutschland zurück beziehungsweise wanderten von Deutschland nach China aus



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

chinesische Regierung die Bürger- und Freiheitsrechte heute stärker ein als noch vor zehn Jahren.

Auch die wochenlangen strikten Lockdowns während der Coronapandemie haben ihre Spuren hinterlassen: In einer Umfrage der deutschen Auslandshandelskammer in China im Jahr 2022 plante fast ein Drittel der Expats deutscher Unternehmen, das Land aufgrund der Null-Covid-Politik zu verlassen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich an den Hochschulen: Im Zeitraum von 2000 bis 2014 stieg die Zahl deutscher Studenten in China kontinuierlich auf rund 8.000 pro Jahr, doch seit Ausbruch der Pandemie wollen weniger angehende Akademiker ins Reich der Mitte – im Jahr 2022 waren

es lediglich noch 1.800 deutsche Studenten.

Die jüngsten Entwicklungen könnten nicht nur für China zum Problem werden – auch Deutschland verliert wichtige interkulturelle Kompetenzen: So lernen zum Beispiel immer weniger Deutsche Mandarin oder haben ein Grundverständnis von der Kultur und Lebensweise in China. Das könnte die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China künftig weiter erschweren.

### IW-Kurzbericht 36/2024

Melinda Fremerey, Simon Gerards Iglesias, Robbie Lämmel: Internationale Fachkräfte – China verliert an Attraktivität  
[iwkoeln.de/expats-china](http://iwkoeln.de/expats-china)

# Gewagtes Kalkül

**Rentenpolitik.** Die deutsche Bevölkerung altert. Das verleitet die Politik dazu, ihren Kurs an den Versorgungsinteressen der über 50-jährigen Wählerschaft auszurichten. Ob dieses Kalkül auf Dauer aufgeht, ist alles andere als sicher.

Nach langem Hin und Her hat das Bundeskabinett Ende Mai 2024 das Rentenpaket II beschlossen. Das Rentenniveau – genauer gesagt: das durchschnittliche Sicherungsniveau vor Steuern – soll demnach bis zum Jahr 2039 auf 48 Prozent festgeschrieben werden.

Dahinter steckt, dass in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Damit schrumpft die Gruppe der Beitragszahler, die Zahl der Rentenempfänger steigt und das Rentenniveau müsste weiter sinken.

Ein dauerhaft fixiertes Sicherungsniveau – wenn auf steuerliche Zuschüsse verzichtet wird – ist aber nur durch steigende Beiträge zu finanzieren. Der heutige Beitragsatz von 18,6 Prozent dürfte folglich auf 22,3 Prozent im Jahr 2035 steigen – 1 Prozentpunkt höher als ohne das Rentenpaket II.

Diese Rentenpolitik auf Kosten der Beitragszahler ist vor allem eins: politisches Kalkül (Grafik):

**Der Anteil der Personen im wahlberechtigten Alter von 67 Jahren und älter wächst von 24 Prozent im Jahr 2022 auf 31 Prozent im Jahr 2070.**

## Wahlberechtigte Bevölkerung wird älter

So viel Prozent der volljährigen Bevölkerung entfielen/entfallen auf diese Altersgruppen

■ 18 bis 49 Jahre ■ 50 bis 66 Jahre ■ 67 Jahre und älter



Ab 2030: Prognose

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Bereits im Jahr 2022 stellten die über 50-Jährigen die Mehrheit der potenziellen Wählerschaft. Deshalb passen die politischen Akteure ihren Kurs an die vermeintlichen Interessen der rentennahen Jahrgänge und Älteren an. Ziel ist es, ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen.

Dabei geht die Politik davon aus, dass sich die Ruheständler und jene, die demnächst in Rente gehen, vor allem für ihre gesicherte Versorgung im Alter interessieren – während die Jüngeren im Alter von 18 bis 49 Jahren eher eine stabile Beitragslast präferieren.

Ob die Politik mit diesem Kalkül dauerhaft richtig liegt, hängt davon ab, ob sich die Wählerpräferenzen mit zunehmendem Alter zwingend im obigen Sinne verändern. Wäre das der Fall, dann würde in absehbarer Zeit keine Mehrheit für eine Rentenpolitik zustande kommen, die auf stabile Beitragssätze abzielt.

Auf lange Sicht betrachtet werden aber künftig immer mehr Wahlberechtigte ihre Stimme abgeben, die durch die Reformdebatten Anfang der 2000er Jahre ein Bewusstsein für die demografischen Herausforderungen des Rentensystems entwickelt haben. Zudem haben sie ihre gesetzliche Altersvorsorge bereits durch eine private und betriebliche ergänzt. So könnten die heute jungen Wahlberechtigten auch im Alter ihre derzeitigen Präferenzen beibehalten, da sie sonst bei steigendem Beitragssatz weniger Spielräume für die betriebliche und private Altersvorsorge hätten.

Dann würde das politische Kalkül nicht mehr aufgehen und die Fürsprecher einer großzügigen Rentenpolitik müssten damit rechnen, bei kommenden Wahlen von vorausschauenden Wählern abgestraft zu werden.

### IW-Kurzbericht 34/2024

Jochen Pimpertz, Ruth Maria Schüler: Rentenpolitik für oder mit alternden Mehrheiten?

[iwkoeln.de/rentenpolitik](https://iwkoeln.de/rentenpolitik)

### IW-Analysen 156

Jochen Pimpertz, Ruth Maria Schüler: Politische Ökonomie der Rentenreform

[iwkoeln.de/rentenreform](https://iwkoeln.de/rentenreform)

# Fachkräftelücke kostet Milliarden

**Arbeitsmarkt.** Die deutsche Wirtschaft leidet unter dem Fachkräftemangel – und das kostet sie viele Milliarden Euro im Jahr. Da die Fachkräftelücke in den kommenden Jahren noch größer werden wird, steigen auch die Einbußen.

Erzieher, Pflegekräfte, Handwerker – geeignetes Personal fehlt deutschlandweit in fast allen Bereichen. Im Jahr 2023 waren insgesamt fast 573.000 Stellen nicht besetzt. Die langfristige Entwicklung ist dabei besorgniserregend (Grafik):

**Die Fachkräftelücke hat sich in Deutschland seit dem Jahr 2010 verzehnfacht.**

Da ihnen qualifizierte Mitarbeiter fehlen, produzieren die Unternehmen im Land entsprechend nicht so viel, wie sie könnten. Den Ausfall hat das IW nun beziffert:

**Der deutschen Wirtschaft gehen durch den Fachkräftemangel in diesem Jahr rund 49 Milliarden Euro verloren.**

Dabei sind Folgekosten der Personalprobleme wie beispielsweise zusätzlicher Stress für die Belegschaften durch Mehrarbeit oder entgangene Innovationen in den Firmen nicht in der Rechnung enthalten.

Da in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge – geboren in den Jahren 1959 bis 1969 – nach und nach in Rente gehen, wird

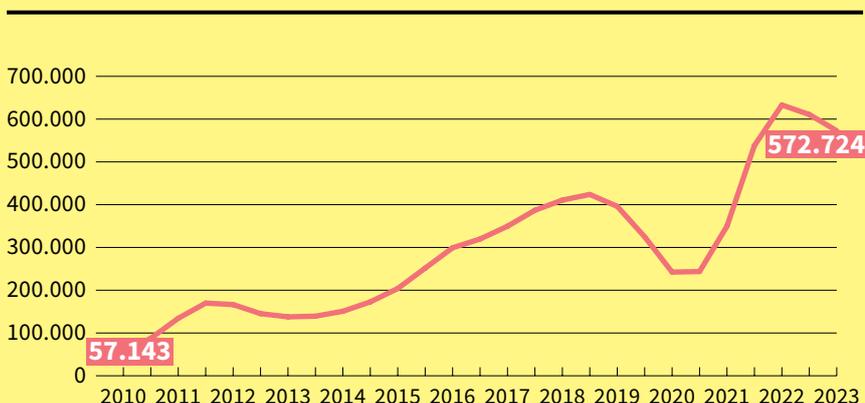
sich das Fachkräfteproblem in Deutschland noch vergrößern. Im Jahr 2027 könnten der deutschen Wirtschaft dadurch 74 Milliarden Euro entgehen.

Um dem Trend entgegenzuwirken, sollte an drei Punkten angesetzt werden:

- **Qualifizierte Zuwanderung.** Die hiesigen Unternehmen können die neue, gesetzlich verankerte Anerkennungspartnerschaft nutzen. Damit dürfen qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland schneller in die Bundesrepublik einreisen und hier arbeiten.
- **Bessere Kinderbetreuung.** Damit Frauen ihre Arbeitszeit ausweiten können, braucht es mehr qualitativ hochwertige Angebote in der Kinderbetreuung – hier ist der Staat gefordert, den Ausbau weiter zu beschleunigen.
- **Lebensarbeitszeit erhöhen.** Die Unternehmen in Deutschland sollten ihre älteren Beschäftigten dazu motivieren, bis zur Regelaltersgrenze – oder darüber hinaus – im Betrieb zu bleiben.

## Große Fachkräftelücke

Zahl der offenen Stellen in Deutschland, für die es keine passend qualifizierten Arbeitslosen gab



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 27/2024

Alexander Burstedde, Galina Kolev-Schaefer:

Die Kosten des Fachkräftemangels

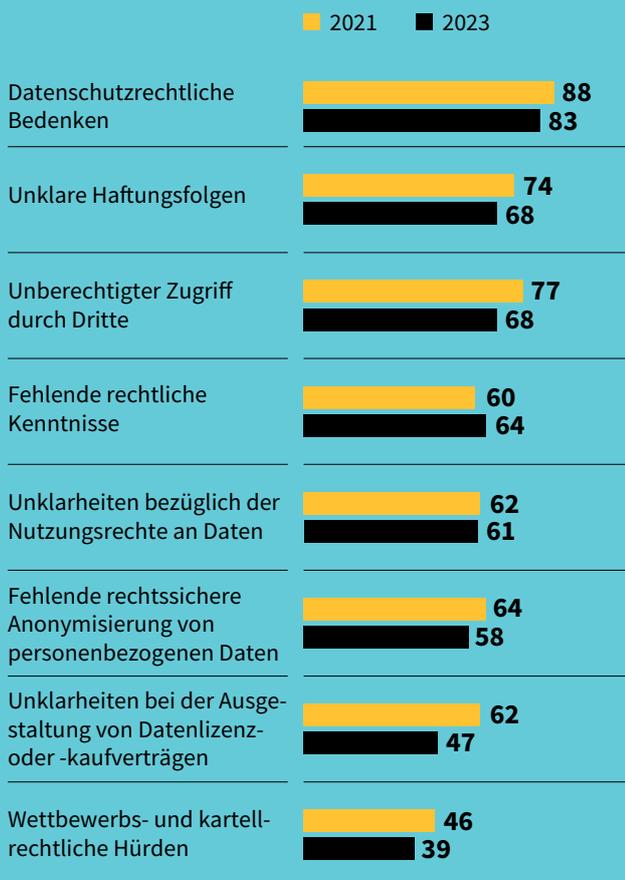
[iwkoeln.de/kosten-fachkraeftemangel](http://iwkoeln.de/kosten-fachkraeftemangel)

# Der gestörte Datenfluss

**Digitalisierung.** Obwohl Data Sharing für Unternehmen immer wichtiger wird, nutzen es die meisten von ihnen in Deutschland eher zurückhaltend. Grund dafür sind oft rechtliche Bedenken. Verschiedene Lösungskonzepte könnten helfen, diese Hürden zu überwinden.

## Data Sharing: Sorgen der Unternehmen

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland, die rechtliche Probleme beim Data Sharing sahen, nannten im Einzelnen folgende Hemmnisse



Befragung von 723 bzw. 678 Unternehmen aus der Industrie und industrienahen Dienstleistungen im Herbst des jeweiligen Jahres

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Ob für eine effizientere Produktion, das Entwickeln neuer Geschäftsmodelle oder den besseren Umgang mit künstlicher Intelligenz – das gemeinsame Nutzen und der Austausch von Daten bieten große Chancen für die hiesigen Unternehmen und die deutsche Wirtschaft insgesamt.

Doch trotz all dieser greifbaren Vorteile ist das Data Sharing in Deutschland bislang wenig verbreitet – lediglich 42 Prozent der deutschen Unternehmen teilen ihre Daten. Das hat einen Hauptgrund, wie eine IW-Befragung von deutschen Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern aus dem Herbst 2023 zeigt:

**Rund zwei Drittel der befragten Unternehmen sehen rechtliche Hemmnisse beim Teilen von Daten.**

Vor allem ein Thema bereitet den Firmen Kopfzerbrechen, wie die Erhebung unterstreicht (Grafik):

**Von den Unternehmen, die rechtliche Probleme beim Data Sharing sehen, sind 83 Prozent skeptisch bezüglich des Datenschutzes.**

Des Weiteren wissen rund 68 Prozent der Unternehmen mit rechtlichen Bedenken nicht, ob und inwiefern sie bei Fehlern haften müssen. Ebenso viele sind besorgt, dass Dritte unberechtigt auf ihre Daten zugreifen könnten. So zeigt sich auch acht Jahre nach Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung, dass nach wie vor große Unsicherheit beim Teilen von Daten besteht.

Positiv ist, dass jene Unternehmen, die rechtliche Hürden sehen, bei fast allen Problemen – ausgenommen sind die eigenen Kenntnisse der Rechtslage – inzwischen weniger Sorgen haben als zum Zeitpunkt der vorherigen Befragung im Jahr 2021.

Um das Data Sharing in Deutschland voranzubringen, schlägt das IW verschiedene Maßnahmen vor, die die rechtlichen Hürden abbauen können. Zumindest die meisten davon finden die überwiegende Zustimmung der befragten Unternehmen (Grafik Seite 15):

**Musterverträge und Muster-AGB.** Mit rund 57 Prozent finden die meisten Unternehmen Musterverträge beziehungsweise -AGB für das Data Sharing am hilfreichsten, wenn es darum geht, die eigene Rechtssicherheit zu erhöhen.

Die Firmen sind demnach mehrheitlich der Meinung, dass die Politik Vertragsmuster für den einmaligen und wiederkehrenden Datenaustausch bereitstellen sollte. Durch die sektorspezifische Ausgestaltung der Musterverträge könnten die Unternehmen auch besondere Anforderungen – zum Beispiel im Gesundheitswesen – besser berücksichtigen.

**Best-Practice-Leitfäden.** Fast genauso viele Unternehmen befürworteten Best-Practice-Leitfäden als Maßnahme, um rechtliche Hürden abzubauen. Die darin verankerten Richtlinien helfen ihnen, den Datenaustausch vertraglich zu fixieren, indem sie allgemeine Regeln, Datenschutzinformationen und Details zu Vertragsselementen bereitstellen.

**Workshops und Rechtsberatung.** Seminare und eine kostenlose oder kostengünstige Beratung durch den Staat könnten das Data Sharing ebenfalls erleichtern. Die Ansprechpartner in den entsprechenden staatlichen Einrichtungen sollen Unternehmen individuell bei Datenschutz- und Haftungsfragen unterstützen, ähnlich wie es bei Verbraucherschutzfragen der Fall ist.

**Vertragsgeneratoren.** Sich in branchenspezifischen und datenschutzrechtlichen Aspekten weiterzuentwickeln, könnte den Firmen helfen, Kosten zu sparen und leichter in den Datenmarkt einzutreten – hierfür erstellen interaktive Vertragsgeneratoren maßgeschneiderte Lizenzverträge basierend auf Nutzerantworten. Fast die Hälfte der Unternehmen befürwortet diese Maßnahme.

**Datenplattformen.** Einfache und sichere Hilfsmittel zur Anonymisierung von Daten verringern datenschutzrechtliche Bedenken, indem sie direkt in Datenplattformen wie beispielsweise Gaia-X integriert werden und dadurch den Zugang für Unternehmen erleichtern.

**Anwendungsfälle.** Immerhin noch rund 40 Prozent der Unternehmen würden es als hilfreich erachten, wenn sie Informationen über Beispiele aus der Praxis bekommen, in denen das Data Sharing gut funktioniert.

**Aus IW-Trends 2/2024**

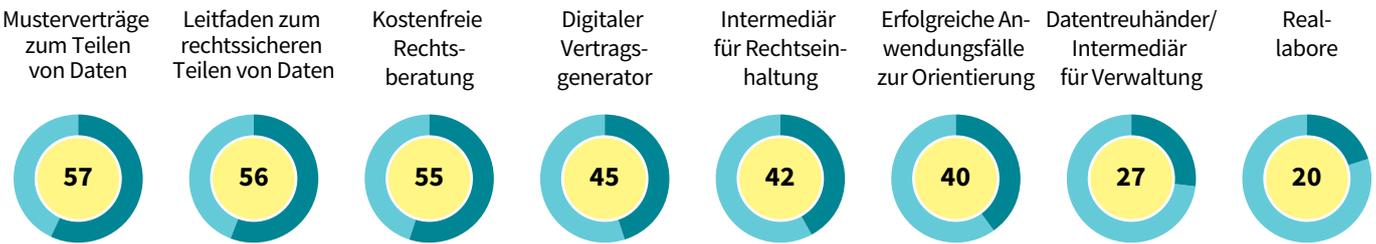
Marc Scheufen: Hemmnisse beim Data Sharing  
[iwkoeln.de/data-sharing](http://iwkoeln.de/data-sharing)

**IW-Kurzbericht 31/2024**

Marc Scheufen: Rechtliche Hemmnisse beim Data Sharing überwinden  
[iwkoeln.de/data-sharing2](http://iwkoeln.de/data-sharing2)

### Data Sharing: Was helfen könnte

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland, die rechtliche Hemmnisse sehen, beurteilen das jeweilige Hilfsinstrument als hilfreich, um die eigene Rechtssicherheit beim Data Sharing zu erhöhen



Datentreuhänder: Person oder Organisation, die personenbezogene Daten im Auftrag der Unternehmen verwaltet und schützt  
Intermediär: Plattform, die den Austausch zwischen verschiedenen Akteuren erleichtert, wie etwa zwischen Anbietern und Nutzern von Daten  
Reallabore: Experimentelle Umgebungen, in denen Technologien, Dienstleistungen oder Prozesse unter realen Bedingungen getestet und weiterentwickelt werden  
Befragung von 678 Unternehmen aus der Industrie und industrienahen Dienstleistungen im Herbst 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2024 IW Medien / iwd



#### Impressum

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland  
**Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH  
**E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de) · **Bezugspreis:** € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, [ennsberger@iwkoeln.de](mailto:ennsberger@iwkoeln.de) · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de) · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: [datenschutz-iwd@iwmedien.de](mailto:datenschutz-iwd@iwmedien.de) · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



**Zahl der Woche**

Prozent der knapp 97.000 im Jahr 2023 fertiggestellten Wohngebäude in Deutschland werden mit Wärmepumpen beheizt. Gegenüber dem Vorjahr stieg dieser Anteil laut Statistischem Bundesamt um 8 Prozentpunkte. Wärmepumpen werden dabei häufiger in Ein- und Zweifamilienhäusern (69 Prozent) als in Mehrfamilienhäusern (41 Prozent) eingesetzt. Der Trend zum Heizen mit Wärmepumpen zeigt sich auch in der Planung neuer Wohngebäude: In drei Viertel der 2023 genehmigten Neubauten sollen Wärmepumpen als primäre Heizung zum Einsatz kommen.

Gleichwohl stockt gerade der Verkauf von Wärmepumpen: Für das erste Quartal 2024 meldet der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie ein Minus von 52 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Damals hatten die Hersteller noch mehr als 96.000 Wärmepumpen verkauft.

Ein Grund für den starken Absatzeinbruch sind laut Verband Unsicherheiten der Verbraucher darüber, inwiefern Wärmepumpen staatlich gefördert werden. Hinzu kommt, dass vielen Eigentümern nicht klar ist, ob ihre Immobilie überhaupt mit einer Wärmepumpe beheizt werden kann. Außerdem verläuft die Installation von Wärmepumpen nicht immer konfliktfrei, da die Geräuschentwicklung das nachbarschaftliche Verhältnis belasten und der Streit schlimmstenfalls vor Gericht enden kann.

**Top-Liste: Vive la France!**

Sei es ein Strandurlaub an der Côte d'Azur, eine Wanderung durch die Bretagne, Entspannen mit mediterranem Flair in der Provence oder ein Städtetrip nach Paris – nur wenige andere Länder bieten so viele unterschiedliche Urlaubserlebnisse wie Frankreich. Entsprechend beliebt ist das Land bei ausländischen Touristen: Mit 100 Millionen Ankünften im Jahr 2023 ist Frankreich das populärste Reiseziel der Welt. Dahinter folgen Spanien mit rund 85 Millionen und die USA mit annähernd 67 Millionen Touristen. Deutschland belegt mit fast 35 Millionen ausländischen Besuchern Platz acht. Nicht in der Bilanz enthalten sind allerdings die Urlauber aus dem eigenen Land – und diese sind in Deutschland besonders zahlreich: Im Jahr 2022 entfielen rund 83 Prozent der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben auf inländische Gäste, nur in Polen und Rumänien machen prozentual mehr Menschen Urlaub im eigenen Land.

**Die beliebtesten Reiseländer**

Länder mit den meisten Ankünften von Touristen aus anderen Ländern im Jahr 2023 in Millionen

